

# Protokoll

über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz am Dienstag, 07.07.2015, 17:00 Uhr, im Rathaus II (Langendamm), Sitzungssaal, Zum Jadebusen 20, 26316 Varel.

## Anwesend:

Ausschussvorsitzender:	Jürgen Rathkamp
stellv. Ausschussvorsitzender:	Bernd Redeker
Ausschussmitglieder:	Sascha Biebricher
	Dirk Brumund
	Iko Chmielewski
	Dirk von Polenz
	Hannelore Schneider
stellv. Ausschussmitglieder:	Karl-Heinz Funke
	Egbert Jackenkroll
	Georg Ralle
Ratsmitglieder:	Rudolf Böcker
	Hergen Eilers (zeitweise)
	Peter Nieraad (zeitweise)
Bürgermeister:	Gerd-Christian Wagner
von der Verwaltung:	Olaf Freitag
	Marion Groß
	Jörg Kreikenbohm

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Tagesordnung  
Vorlage: 175/2015
- 2 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 02.06.2015
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Anträge an den Rat der Stadt  
Kein Tagesordnungspunkt
- 5 Stellungnahmen für den Bürgermeister
- 5.1 Stellungnahme der Stadt Varel im Planfeststellungsverfahren zur A 20 von Westers-  
tede bis Drochtersen (1. Abschnitt)  
Vorlage: 159/2015
- 6 Zur Kenntnisnahme
- 6.1 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 212 A (Deichhörn Nord) sowie 23. Ände-  
rung des Flächennutzungsplanes des Stadt Varel - Abwägung  
Vorlage: 157/2015
- 6.2 Antrag auf Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Bereich des Geländes der  
Baumschule Busch in Obenstrohe

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

#### 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Tagesordnung

Ausschussvorsitzender Rathkamp eröffnet die Sitzung und stellt die Tagesordnung fest. Die Tagesordnung wird um TOP 2.2.1 nichtöffentlicher Teil ergänzt.

Bürgermeister Wagner beantragt die Tagesordnungspunkte 4.1 öffentlicher Teil und 1.1 nicht öffentlicher Teil von der Tagesordnung abzusetzen und verweist diesbezüglich auf anliegendes Schreiben des Nds. Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz vom 07.07.2015. Das Ministerium bittet darin den Landkreis Friesland als zuständige Untere Deichbehörde um nochmalige Prüfung, ob die Voraussetzungen für die Erteilung der deichrechtlichen Ausnahmegenehmigung tatsächlich vorlagen. Bürgermeister Wagner schlägt vor, die Beschlussfassung zum Bebauungsplan 212 A solange zurückzustellen, bis die Untere Deichbehörde die vom Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz gewünschte Begründung nachgeliefert hat.

Ratsherr Chmielewski befürwortet den Antrag die Beschlussfassung der o.g. Tagesordnungspunkte heute zu verschieben. Er, schlägt aber vor, mit der Beratung der Abwägung trotzdem heute zu beginnen, da sie seines Erachtens viel Zeit in Anspruch nehmen wird und einige Abwägungen noch einer Nachbesserung bedürfen.

Ratsherr Funke schließt sich dem Antrag auf Absetzung an. Er weist darauf hin, dass die Beratung der Abwägungen mehrere Stunden in Anspruch nehmen wird und regt daher an, evtl. den Beginn der Sitzung für den Vormittag einzuplanen.

Ausschussvorsitzender Rathkamp lässt über den Antrag abstimmen. Mehrheitlich werden die Tagesordnungspunkte 4.1 öffentlicher Teil und 1.1 nichtöffentlicher Teil von der Tagesordnung abgesetzt.

#### **Mehrheitlicher Beschluss**

**Ja: 8 Nein: 1 Enthaltungen: 1**

#### 2 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 02.06.2015

Das Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 02.06.2015 wird einstimmig genehmigt.

### **3 Einwohnerfragestunde**

Auf Nachfrage eines Bürgers teilt die Verwaltung mit, dass die Abwägungen zum B-Plan Nr. 212 A (Deichörn Nord) sowie der 23. Änderung des Flächennutzungsplanes vom Ingenieurbüro Nordwest-Plan, Oldenburg, in Zusammenarbeit mit der Verwaltung verfasst wurden.

Auf Nachfrage einer Anwohnerin des neuen Baugebietes am Tweehörnweg, ob Bauarbeiten am Sonntag zulässig seien, teilt Bürgermeister Wagner mit, dass hier die Europäische MaschinenVO maßgeblich ist. Demnach ist Maschinenlärm am Sonntag unzulässig. Es bleibt der Bürgerin unbenommen, bei Belästigung die Polizei zu informieren.

Ein Bürger weist auf die kritische Verkehrslage in Dangast hin, insbesondere für Noteinsätze. Auf seine Nachfrage hin, wann es dafür eine Lösung gibt, teilt Bürgermeister Wagner mit, dass die Problematik seit langem besteht und zurzeit Planungen zur Verbesserung der Situation am Knotenpunkt Edo-Wiemken-Str./Auf der Gast ausgearbeitet werden, um der Problematik entgegen zu wirken.

Aus Sicht einer Dangaster Bürgerin hat sich die Verkehrsproblematik in den letzten Jahren stark erhöht. Auf ihre Frage, welche Pläne bestehen, um dem entgegen zu wirken, verweist Bürgermeister Wagner auf ein Gutachten des Ingenieurbüros Dr. Schwerdhelm. Obwohl in dieses Gutachten, welches im Ausschuss öffentlich bekannt gegeben wurde, festgestellt wurde, dass die verkehrlichen Belange ausreichend sind, soll versucht werden, die Verkehrslage in Dangast noch zu optimieren.

Die Kritik eines Bürgers, dass die Verkehrszählung in Dangast nicht zu Spitzenzeiten und bei schlechtem Wetter durchgeführt wurde, weist die Verwaltung zurück, die Zählung wurde bewusst zur Hauptzeit des Tourismusses durchgeführt.

### **4 Anträge an den Rat der Stadt**

Kein Tagesordnungspunkt

### **5 Stellungnahmen für den Bürgermeister**

#### **5.1 Stellungnahme der Stadt Varel im Planfeststellungsverfahren zur A 20 von Westerstede bis Drochtersen (1. Abschnitt)**

Die Planfeststellungsunterlagen für den Bau der Küstenautobahn A 20 von Westerstede bis Drochtersen liegen in der Zeit vom 11.06. bis 10.07. 2015 bei der Stadt Varel zur Einsichtnahme aus. Stellungnahmen hierzu können bis zum 24.07.2015 abgegeben werden.

Die Stadt Varel wird bei diesem Planfeststellungsverfahren nicht direkt durch den Bau der A 20 betroffen. Es sind jedoch Kompensationsmaßnahmen für den Autobahnbau im Bereich des ehemaligen Truppenübungsplatzes Friedrichsfeld vorgesehen. Eine dieser Kompensationsmaßnahmen ist die Schaffung eines ca. 130 ha großen Wiesenbrutvogelbereiches.

Verwaltungsseitig wurde eine Stellungnahme der Stadt Varel vorbereitet (siehe Anlage). Diese Stellungnahme lehnt sich an den Text der Resolution an.

Ratsherr von Polenz verweist auf seinen anliegenden Antrag auf Ergänzung der städtischen Stellungnahme. Sein Ziel ist dabei darauf gerichtet, die Wege für die Menschen zu erhalten.

Ratsherr Funke befürwortet den Antrag des Ratsherrn von Polenz. Auf seine Nachfrage hin, erläutert die Verwaltung, dass der Begriff Entsiegelung kein feststehender Begriff ist, sondern es unterschiedliche Grade der Versiegelung gibt.

Ratsherr Eilers spricht sich gegen die Ergänzung aus, aus seiner Sicht verliert sich die Begründung in naturschutzrechtlichen Details. Die städtische Stellungnahme sollte eng an die Resolution angepasst und ihr Ziel auf die Zugänglichkeit der Fläche für die Menschen gerichtet sein.

Ratsherr Böcker befürchtet, dass der Einwand des Ratsherrn von Polenz bei einer Aufnahme in die städtische Stellungnahme untergeht. Er befürwortet eine zusätzliche Eingabe.

Ratsherr Chmielewski spricht sich für die Ergänzung aus. Die Stellungnahme sollte mit der Frage nach dem Grad der Versiegelung verbunden werden.

Ausschussvorsitzender Rathkamp lässt über den Antrag des Ratsherrn von Polenz auf Ergänzung des Entwurfs der Stellungnahme inklusiv der Erläuterungen abstimmen. Der Antrag wird einstimmig (9 Ja, 1 Enthaltung) angenommen. Damit wird die Stellungnahme der Stadt Varel um den Punkt *„Das Rückbauen der Wege kann nicht als Entsiegelung als Ausgleich für die versiegelten Flächen, die durch den Bau der A 20 entstehen, dienen. Die Wege in Friedrichsfeld sind nicht versiegelt im Sinne des Gesetzes.“* sowie die Erläuterungen dazu ergänzt.

#### **Beschluss:**

Der Entwurf der Stellungnahme, ergänzt um den Antrag des Ratsherrn von Polenz, zum Planfeststellungsverfahren zur Küstenautobahn A 20 zwischen Westerstede und Drochtersen wird beschlossen.

#### **Einstimmiger Beschluss**

**Ja: 9 Enthaltungen: 1**

## **6 Zur Kenntnisnahme**

### **6.1 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 212 A (Deichhörn Nord) sowie 23. Änderung des Flächennutzungsplanes des Stadt Varel - Abwägung**

Zum Verfahren zur Beschlussfassung über die Abwägungen erläutert Bürgermeister Wagner, dass die Eingaben und Abwägungen veröffentlicht werden müssen. Die Abwägungen stehen bereits seit einer Woche jedem öffentlich im Ratsinformationssystem zur Verfügung und werden in öffentlicher Sitzung beraten. Die Ratsmitglieder müssen die Abwägungen nicht einzeln beraten und beschließen, son-

dern in der Gesamtheit. Die Verwaltung hat in Zusammenarbeit mit dem Ingenieurbüro in der Vorbereitung alle Stellungnahmen einzeln abgearbeitet, abgewogen und beantwortet. In der Beratung können einzelne Abwägungen zusammengefasst werden, dieses ist rechtlich haltbar. Eine Beratung über jeden einzelnen Einwand wäre sehr zeitaufwendig.

Die Ausschussmitglieder sprechen sich dafür aus, sich bei der Beratung auf die grundlegenden Abwägungen zu beschränken, da sie sich im Vorfeld bereits ausführlich mit den einzelnen Abwägungen beschäftigt haben. Einvernehmlich begrüßen sie den Vorschlag des Bürgermeisters, dass ihnen die Präsentation von Frau Spille vom Ingenieurbüro über die Abwägung, die heute nicht gezeigt wurde, im Vorfeld als Anlage zum heutigen Protokoll zur Kenntnis gegeben wird.

Ratsherr Chmielewski schlägt vor, die Abwägungen zum Bebauungsplan und zum Flächennutzungsplan zu trennen. Dieses sieht die Verwaltung als rechtlich bedenklich an, da eine Differenzierung einzelner Einwände schwierig ist.

## **6.2 Antrag auf Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Bereich des Geländes der Baumschule Busch in Obenstrohe**

Der Antrag auf Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Bereich des Geländes der Baumschule Busch in Obenstrohe wurde zurückgezogen.

Zur Beglaubigung:

gez. Jürgen Rathkamp  
(Vorsitzende/r)

gez. Marion Groß  
(Protokollführer/in)